



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

2/XXI/11 - 14. Januar 1957

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 24831-33
Fernschreiber 0866890

Hinweise

aktuelles Inhalt:

Im Schatten des Wahlkampfes	S. 1
Eisenhower und der Kongress	S. 3
SPD und evangelische Kirche/Begegnung in Loccum	S. 5
Die Wahlkampfstrategie des BHE	S. 8

Mit fremden Federn

op. Der französischen Rechte könne es nur willkommen sein, wenn ihre Politik von einem Sozialisten geführt werde, schrieb kürzlich ein bekannter westdeutscher Kommentator in einer Betrachtung über die unterschiedlichen Reaktionen in Grossbritannien auf Eden und in Frankreich auf Mollet's Suezpolitik. Es war, wie man weiss, ein und dieselbe Politik, nämlich die der Sicherung kolonialer Machtpositionen auch mit dem Mittel der militärischen Intervention.

Unwillkürlich stellt sich in diesem Zusammenhang eine andere Frage: Könnte es der deutschen Sozialdemokratie nur willkommen sein, wenn ihre Politik von der Regierung Adenauer geführt würde? Diese Frage ist aktuell als gemeinhin an erinner, jedenfalls viel berechtigter, als von der Regierung zugegeben wird. Denn was sich seit langen in der allgemeinen, vor allem der Aussenpolitik andeutete, hat in Laufe der letzten Zeit immer bestimmtere Formen angenommen. Es handelt sich dabei um die Annäherung der amtlichen Bonner Politik an sozialdemokratische Thesen, ja, gelegentlich deren unbedünnte Übernahme - dann freilich mit Kommentaren wie: man habe z.B. schon immer das sowjetische Sicherheitsbedürfnis anerkannt, stets gemeint, die Mitgliedschaft zur NATO sei durchaus nicht der einzige Weg zur Wiedervereinigung, man habe seit langen auch den möglichen Wert eines kollektiven Sicherheitssystems, ja sogar gewisse Vorschläge einer vorsichtiger Reduzierung der Truppenstärken des Westens und des Ostens in einer "verdünnten Zone in ge-

14. 1. 1957

sowjetischen Interesse eingesehen.

In Wirklichkeit hat man solche Gedanken jahrelang als utopisch abgelehnt und lächerlich zu machen versucht. Das gleiche gilt auch für das Verhältnis der Bundesrepublik zu den Staaten des Ostblocks, mit der Sowjetunion an der Spitze, von der Innenpolitik ganz zu schweigen, wo etwa das Prinzip der dynamischen Rente erst als ruhmlos verdammt und später als notwendig anerkannt wurde.

Und wirklich ist von verschiedenen Seiten gesagt worden, die SPD könne doch im Grunde mit dieser Entwicklung zufrieden sein, die erkennen lässt, dass manche ihrer Vorstellungen und Vorschläge endlich auf fruchtbaren Boden zu fallen beginnen. Gewiss, so sagt man, es gibt noch viele erhebliche Unterschiede, aber in grossen und ganzen zeigt sich doch von der Seite der Regierung eine grössere Bereitschaft, praktisches Verständnis für sozialdemokratische Überlegungen aufzubringen, sicher nicht aus Sympathie für die Sozialdemokratie, sondern einfach deshalb, weil diese Art des Denkens sich in der westlichen Welt, in erster Linie in den USA, immer mehr durchzusetzen beginnt. Man braucht dabei nur an die neuartige Bewertung zu denken, die etwa der früher als "Neutralist" verschrieene Mehr in den Vereinigten Staaten gefunden hat.

Aber die am Anfang gestellte Frage, ob ein solcher Wandel in den Auffassungen der Regierung der SPD willkommen sein müsste, kann keinesfalls ohne Vorbehalt bejaht werden. Sie könnte es nur, wenn man sicher wäre, dass diese veränderte Blickrichtung ebenso aufrichtig wie aufrichtig ist. Die Regierung Adenauer hat durch die entscheidenden Jahre seit 1950, also seit der Korea-Krise, mit einer einzigartigen Hartnäckigkeit ganz andere Rezepte empfohlen, als sie sie heute vorsichtig anzubieten wagt. Sie tut das offenbar einmal unter dem Druck neuer internationaler Erkenntnisse, denen sie sich nicht verschliessen vermag, zum anderen und vor allem aber mit dem Blick auf die Erfordernisse des Wahlkampfes. Meinungserforschungen haben immer klarer ergeben, dass in der Bevölkerung für das durch Jahre hindurch allein gültige amtliche Betrachtungsweise herausenpolitischen Notwendigkeiten immer weniger Verständnis besteht und selbst die Ereignisse in Ungarn haben, wie es scheint, diesen Sachverhalt nur vorübergehend korrigiert.

Denn es also darauf ankommt, den Anschluss an eine veränderte aussenpolitische Situation zu finden und an neue Formen und Mittel, ihr gerecht zu werden, denn wird dazu auf die Dauer nicht eine nur taktisch bedingte Wandlungsfähigkeit derer ausreichen, die bisher ganz anders dachten und auch handelten. Aus diesem Grunde wird sich die SPD nicht damit begnügen können, dass ihr Gegenspieler immer heftiger sich ihre Gedanken zu eigen macht oder sich doch ihnen weitgehend nähert, weil sie befürchten muss, dass damit ihr, der SPD, nur der Wind aus den Segeln genommen werden soll. Die Erfahrungen der Vergangenheit sprechen allzusehr gegen die Zuverlässigkeit eines Gesinnungswandels, der in letzter Zeit sicher oft verblüfft hat.

Zwei- oder mehrköpfige Regierung in USA ?

O.L., New York, Mitte Januar

Die Weltspannung beansprucht so viel von der Aufmerksamkeit, dass innenpolitische Ereignisse in den Hintergrund treten, es sei denn, dass sie so sehr von Weltereignissen bedingt sind oder sie beeinflussen wie Edens Rücktritt. Aber fast hatte man in den letzten Wochen vergessen, dass in USA eine neue Präsidentschafts-Amtszeit beginnt und zwar unter einem für die amerikanische Politik völlig neuem Aspekt: ein äusserst populärer, mit ausserordentlicher Mehrheit wiedergewählter Präsident war nicht imstande, eine parlamentarische Mehrheit für seine Partei zu gewinnen. Die ersten Tage des neuen Kongresses haben bereits gezeigt, dass selbst bei Eisenhowers Bereitschaft, gute Beziehungen zum Kongress aufrechtzuerhalten und bei der starken Neigung der konservativen und Mittelweg-Demokraten Eisenhowers Politik zu unterstützen, die unnatürliche Situation zu beträchtlichen Schwierigkeiten führen muss

Schwierigkeiten der Nahest-Politik

Der Präsident benötigt die Unterstützung und aktive Hilfe des Kongresses vor allem zur Durchführung seiner aussenpolitischen Aufgaben. Darum hat Eisenhower noch bevor er die übliche Jahresbotschaft dem Kongress vorlegte, weitgehende aussenpolitische Vollmachten sowohl in militärischer wie finanzieller Hinsicht vom Kongress verlangt. Die Nahest-Erklärung, die nun zur Diskussion steht, hat sogar im Abgeordnetenhaus, das in diesen Fragen dem Präsidenten sonst viel rascher und insbesondere rückhaltloser als der Senat Gefolgschaft leistet, erstaunlichen Widerstand hervorgerufen. Die Tatsache, dass die Demokraten im Ausseenausschuss des Abgeordnetenhauses den von den Republikanern zu recht geschmähten Aussenminister Acheson beriefen, um seine Meinung über die Eisenhower-Dulles-"Doktrin" zu hören, ist nicht nur ein Zeichen der schweren Zweifel, die im Kongress ebenso wie anderswo über die Richtigkeit der nun - wie die meisten meinen, verspätet - vorgeschlagenen Politik bestehen. Die Demokraten werden in dieser neuen Gesetzgebungsperiode ihre Mehrheit im Senat und Abgeordnetenhaus in zunehmendem Masse zu nutzen wissen. Allein dies wird in der Folgezeit zweifellos rasch weitere Widersprüche erzeugen.

Auch bei der innenpolitischen Gesetzgebung wird sich sehr bald die Frage für die Demokraten ergeben, ob sie dem Präsidenten die ganze Initiative überlassen können oder nicht selbst vertreten müssen, von sich

aus die Verantwortung zu übernehmen. Unter den Mitgliedern des Kongresses, vor allem unter den fortschrittlichen Demokraten aus dem Norden und Westen, zeigt sich die wachsende Tendenz, vor sich aus ein Programm zu entwerfen und es dem des Präsidenten entgegenzustellen oder zumindest in den vom Präsidenten zur Diskussion gestellten Fragen etwas wie einen eigenen und selbständigen demokratischen Standpunkt zu entwickeln. Solche Programme sind sowohl im Abgeordnetenhaus wie im Senat formuliert worden. Jene Demokraten, die dem konservativen Flügel angehören, scheinen sich langsam, dem stärker werdenden Druck fügend, bereit zu finden, die Opposition gegen den Präsidenten und die im Weissen Haus regierende Partei zu verstärken.

Eisenhower zögerte sehr, sein Programm dem Kongress im Detail vorzulegen. Seine Jahresbotschaft enthielt nur allgemeine Andeutungen und war nur in zwei Fragen konkret: in der Frage des Schulbaues und der Unterstützung der den wirtschaftlichen und kulturellen Anforderungen auf dem Gebiete des Schulwesens nicht mehr nachkommender Ländern und Gemeinden; und bei der Anregung, eine gründliche Untersuchung des gesamten Geld- und Kreditwesens in einer umfassenden Studie auf Grund eines Gesetzes zu unternehmen.

Rassenfragen

Was den Schulbau und die Bundeshilfe für die Erziehung der amerikanischen Jugend betrifft, so wird erwartet, dass der Kongress sich nun gezwungen sehen wird, diese überfällige Frage zu lösen. Aber gerade in allen Fragen, in denen auch die Rassenfrage eine Rolle spielt, sind die Demokraten so gespalten, dass es durchaus möglich ist, dass wie im letzten Kongress die Schulhilfe an dem Widerstand des Südens scheitert, besonders wenn der Versuch erneuert werden sollte, die Rassenfrage und alle damit zusammenhängenden politischen Probleme werden im Vordergrund stehen. Eisenhower hat vier Gesetze vorgeschlagen, die zur Herstellung der Rassengleichheit notwendig sind. Aber die südlichen Demokraten sind entschlossen, im Senate einen "Filibuster" (Obstruktionsreden) zu halten, falls ernsthaft versucht werden sollte, diese Massnahmen durchzubringen. Und die meisten Republikaner sind nicht bereit, ihre konservative Koalition mit den südlichen Demokraten, die in Wahrheit den Eisenhower-Republikanern in allen wirtschaftlichen und sozialen Fragen nahestanden, zu gefährden, indem sie gegen die offene Missachtung der Grundsätze der amerikanischen Verfassung durch die konservativen Rebellen aus dem Süden ernstlich zu Felde ziehen. In Wahrheit vollzieht

sich hier das, was Walter Reuther wiederholt eine "Neugruppierung" der politischen Kräfte im politischen Leben Amerikas genannt hat, Die konservativen Demokraten setzen ihre Zusammenarbeit mit den konservativen Republikanern fort und die fortschrittlichen Demokraten versuchen, die fortschrittlichen Republikaner für Fortschritt vor allem in der Rassenfrage zu gewinnen.

Eisenhower trotz alledem auf der konservativen Seite?

Ob freilich Eisenhower, obwohl gegen die weissen Rassentheorien und für die Gleichberechtigung der Neger, seine Autorität gebrauchen wird um die fortschrittliche gegen die rückschrittliche Koalition zu unterstützen, ist zweifelhaft. Trotz all seinen Theorien vom "modernen Republikanismus" liegt Eisenhowers Regierungsbasis doch im Konservativismus. Gerade wenn es den fortschrittlichen, aktivistischen Gruppen im Kongress gelingen wird, ihr Programm dem der Administration entgegenzustellen, wird die Zweckmäßigkeit des amerikanischen Regierungs- und Gesetzgebungssystems, wie es durch den Ausgang der Novemberwahlen geschaffen wurde, durch den Gegensatz zwischen sozialem Fortschritt und wirtschaftlichem Konservativismus gekennzeichnet sein.

+ - +

Gemeinsames Bekenntnis zur Toleranz

Von einem Teilnehmer des letzten Gespräches in Loccum wird ^{des} geschrieben:

U.S. Die staatstragende Rolle, die das Grundgesetz zum ersten Male in der deutschen Verfassungsgeschichte den politischen Parteien zuweist, lässt es folgerichtig erscheinen, wenn die Kirchen ihre Beziehungen zum Staat, die sich theologisch aus zahlreichen Aussagen der Bibel ergaben, auch auf die politischen Parteien ausdehnten. Ist schon das Verhältnis der Kirchen zum Staat nicht allein durch Konkordate bzw. Kirchenverträge - mögen sie noch so notwendig und für beide Vertragspartner befriedigend sein - dauerhaft und auf der Grundlage gegenseitigen Vertrauens zu ordnen, so gilt dies in noch weit stärkerem Maße für die Beziehungen der Kirchen zu den Parteien, da über dieser Beziehungen ständig die Veranschaulichung des Konstantinischen "In diesem Zeichen (des Kreuzes) wirst du siegen" schwebt.

Es war deshalb besonders verdienstvoll, dass die Evangelische Akademie Loccum sich vor etwa einem Jahr entschloss, eine Reihe von Tagungen mit Vertretern der evangelischen Kirche und der politischen Parteien durchzuführen. In dieser Tagungsfolge fand Mitte letzter Woche nach einem ähnlichen Gespräch im Sommer vorigen Jahres mit Vertretern der CDU eine Tagung mit dem Thema "Evangelium und Politik in der Entscheidung, Gespräch zwischen Vertretern der evangelischen Kirche und

der SPD" statt.

Bischöfe und Abgeordnete im Gespräch

Drei Themen wurden jeweils aus der Sicht der Kirche und des Staates behandelt: die Toleranzfrage durch Landesbischof Lilje und Bundestagsabgeordneten Arndt, Mitglied des Parteivorstandes der SPD, die Situation der Völker Afrikas und Asiens durch Bischof Meill, Begründer der evangelischen Kirche Südafrikas und Bundestagsabgeordneter Heinz Kühn, die Lage der Kirche bzw. Deutschlands zwischen Ost und West durch Landesbischof Hertrich und Bundestagsabgeordneten Helmut Schmidt. Ein sehr sinnvoller Bogen wurde so vom innerdeutschen Bereich über wichtige weltpolitische Räume wieder zurück zur deutschen Frage zwischen Ost und West durchmessen.

Wie die Tagung überhaupt, konnte auch die Zusammensetzung des Teilnehmerkreises als ein Ereignis erscheinen. Die von kirchlicher Seite erschienenen Männer der Kirchenleitung, Pastoren und Vertreter der evangelischen Laienbewegung waren zum Überwiegenden Teil weder Mitglieder noch Anhänger der SPD, während umgekehrt die anwesenden Vertreter dieser Partei keineswegs ausschliesslich als tätige Glieder der evangelischen Kirche angesprochen werden konnten. Dass die Tagung nach alledem in den wesentlichen besprochenen Fragen Übereinstimmung der Referenten und Diskussionsredner erbrachte, wobei mehrfach die Kirchenmänner aus Sicht der Politiker und umgekehrt zu sprechen schienen, zeigt, dass einerseits die SPD die auf ihrem Hamburger Parteitag 1950 erteilte Botsage an den Begriff der Weltanschauungspartei inzwischen praktisch vollzogen hat, andererseits aber die evangelische Kirche die für Kirche und Arbeiterschaft gleichermaßen unglückselige Epoche des Staatskirchentums überwunden und zum Staat und seinen treibenden Kräften als "weltlichen Veranstaltungen" ein neues Verhältnis gefunden hat. Diese Feststellung gewinnt an Bedeutung, wenn man berücksichtigt, dass es sich um die erste Begegnung zwischen der SPD und den in der Vergangenheit gelegentlich als besonders konservativ bezeichneten norddeutschen lutherischen Landeskirchen handelt.

Achtung vor Glaubensüberzeugung

Das neue Verhältnis der evangelischen Kirche zur SPD wurde vor dem Abgeordneten Arndt nach der einen Seite dahingehend abgegrenzt, dass jede politische Forderung daraufhin zu überprüfen sei, ob ihre Verwirklichung nicht den Gläubigen zum Ungehorsam gegen Gottes Gebote zwinge. Auf der anderen Seite stellte Landesbischof Lilje fest, der Christ müsse zur Konstatation neigen, dass er den Staat nicht so behandeln könne, als ob er ein christlicher Staat sei, wenn auch der Staatsmann Respekt davor zeigen solle, dass über 90 Prozent des deutschen Volkes - mit unterschiedlicher Intensität - einer christlichen Kirche angehören. Doch, so sagte der Landesbischof in anderer Zusammenhang, dürfe nicht übersehen werden, dass aus christlicher Sicht jemand, der aus Redlichkeit, dem christlichen Glauben nicht für sich anerkennen zu können, unter Umständen achtenswerter sei als ein gedankenloser Traditionschrist. Diese noble Beurteilung eines für die Kirche schmerzlichen Sachbestandes wird ihren Eindruck auf viele Menschen, die der Kirche fernstehen, nicht verfehlen.

Bemerkenswert zur Frage der Toleranz der Hinweis von Arndt, dass auch nach der von Papst Pius XI verkündeten modernen katholischen Auffassung der Staat "seine Zielsetzung innerhalb des Irdischen und Zeitlichen" habe, und die SPD ihren Gesetzen und Struktur nach niemals

eine antikatholische Partei sein könne.

Es gibt keine christliche Partei

Geradezu eruptiv kam in der Aussprache die Gewissensnot zum Ausbruch, in die die Christen in der SPD durch Namensgebung und wiederholte parteioffizielle Äusserungen der CDU geraten sind. Landesbischof Dilje und andere kirchliche Vertreter gaben hierzu klar zu erkennen, dass die evangelische Kirche niemals irgendeiner Partei zugestehen könne, die Partei der Christen zu sein. Werde ein solcher Anschein erweckt, so sei das von der Kirche weder gewollt noch gebilligt.

Die von Arnst zu Beginn seines Referates gemachten Ausführungen zur Toleranzfrage erscheinen es wert, als eine von beiden Gesprächspartnern bejahte grundlegende Formulierung hier abschliessend mitgeteilt zu werden: Die Toleranz in der Sicht der Kirche sei eine Wahrheitsfrage, in der Sicht des Staates dagegen eine Freiheitsfrage. Die Kirche habe der Wahrheit - der Nichtchrist würde hier sagen: ihre Wahrheit - zu gewähren, der Staat Freiheit dem Gewissen zu gewähren.

Es würde zu weit führen, über die Behandlung der beiden anderen Themen ausführlicher zu berichten, obwohl in diesem Zusammenhang eine Fülle bedeutsamer Einblicke in wahrhaft weltbewegende Fragen - Asien, Afrika, Ost und West - aus geistig-religiöser und praktisch-politischer Sicht gegeben wurden. Erwähnt werden muss, dass sowohl Bischof Weill, als auch der Abgeordnete Kühn die Auffassung vertraten, dass es in den asiatischen und afrikanischen Völkern nicht nur die Gefahr einer totalitären Entwicklung zum Kommunismus, sondern auch zu einem national-religiös fundamentierten Nationalismus gebe.

Dementsprechend müsse die Hilfe, die insbesondere auch wir Deutschen aus unserer Position als Nicht-Kolonialmacht anzubieten, jedoch niemals aufzudrängen hätten, zweifacher Art sein: Einmal wirtschaftlich, technisch und wissenschaftlich; aber zum anderen auch kulturell und, wie Bischof Keill von Standpunkt der Kirche aus betonte, religiös, um das durch die beginnende Industrialisierung dieser Erdteile bei den dortigen Menschen entstehende geistige Vacuum auszufüllen.

Kreuzzugsideologie - stumpfes Schwert

Ein Gang durch die "religionslose Landschaft", wie sie sich in unseren Tagen in weitem Umfange dem Kulturkritiker darbietet, machte Landesbischof Hertrich mit seinen Zuhörern, um in eindrucksvoller Weise die verschiedenen Positionen des modernen Nihilismus zu markieren. Diese Auseinandersetzung vollziehe sich nicht an einer geographischen Front. Die Formel von der Verteidigung des christlichen Abendlandes sei vor jenem geistes-geschichtlichen Hintergrund ein stumpfes Schwert. Ausgehend von einer Äusserung Kieckheferds betonte Landesbischof Hertrich mehrfach, dass es darauf ankomme, nicht Bewunderer, sondern Nachfolger des Christentums zu sein.

Im politischen Bereich zeigte Bundestagsabgeordneter Schmidt die gleiche realistische Betrachtungsweise bei seiner Darlegungen zur Frage der Wiedervereinigung. In einer grossen Übersicht entwickelte er die Auffassungen seiner Partei zu dieser Frage und stellte in diesem Zusammenhang fest, dass es sowohl im Interesse der USA als auch der Sowjetunion liege, wenn ein wiedervereinigtes Deutschland im Rahmen eines kollektiven Sicherheitssystems militärisches Potential erhalte.

Monn Akademiedirektor Pastor Belewski die Tagung in seinem

14. 1. 1957

Schlusswort als ein Politiker bezeichnete, so hatte er damit sicherlich Recht. Man sollte den beiden Gesprächspartnern nicht versagen, was in Loccum schon wiederholt als eine notwendige Vorleistung für die Herstellung fruchtbarer menschlicher Beziehungen gekennzeichnet worden ist: Respekt vor den Beweggründen und Absichten des Anderen.

Die vergessenen 20 Millionen

sp. Erstaunliches, für einen SPD-Abgeordneten Erstaunliches hat der Wahlkampfleiter dieser Partei, der Bundestagsabgeordnete Seiboth, vor 280 hessischen Parteifunktionären in Ohlsfeld von sich gegeben. Seine dort entwickelte aussenpolitische Konzeption unterscheidet sich nicht einmal in der Diktion von jener des Bundeskanzlers. Sogar das ominöse Wort von den "Volk der 90 Millionen Deutschen", das einer breiten Heimatverteidigung bedürfte, findet darin seinen Niederschlag, jenes Wort, mit dem der Kanzler seinerzeit die Pariser Verträge rechtfertigte, das aber die Existenz der 20 auch zum deutschen Volk gehörenden Millionen in Berlin und der Zone nicht zur Kenntnis nahm.

Die Politik der Regierungsmehrheit brachte die Wiedervereinigung nicht um einen Schritt näher. Der Wahlkampfleiter des SPD, einer Partei also, deren Wählermassen die Vertriebenen stellen, aber hat den Mut, die Fortführung dieser Politik als ein Wundermittel für die Überwindung der deutschen Spaltung zu empfehlen. Die fragwürdige Sicherheit, die die Pariser Verträge einem Teil des deutschen Volkes geben, lassen die Sicherheit des ganzen deutschen Volkes ausser Betracht, ja sie verstärken, wie die Zeit nach dem Abschluss der Pariser Verträge lehrt, den sowjetischen Griff über die Deutschen jenseits der Elbe und Werra.

Niemand von der Sozialdemokratie denkt jedoch daran, diese Verträge einseitig zu "zerreißen" und sich in das Abenteuer einseitiger Verhandlungen mit der Sowjetunion zu begeben, wohl aber die in den Verträgen selbst gegebene Revisionsklausel im Sinne einer Aktivierung der Wiedervereinigungspolitik auszunutzen. Das müsste auch Herr Seiboth wissen. Auch hier hat er sich die CDU-Argumentation völlig zu eigen gemacht und damit jene Passivität gutgeheissen, die die Vertriebenen wohl am schmerzlichsten verspüren.

Wohin steuert der SPD? Die Rede Seiboths gibt den Gerüchten neue Nahrung, die davon sprechen, dass zumindest ein Teil des SPD einer Rückkehr zur Adenauer-Koalition nicht abgeneigt wäre - trotz aller trüben Erfahrungen mit Adenauer als Übermächtigen und selbstherrlicher Koalitionspartner. Die Kanzlerpartei ist in ihrer Kritik am SPD schon lange vorant, von ihrer Seite aus ist das Kriegsbeil betrieben. Um den Preis der Überlassung von sicheren Wählerstimmen scheinen Teile des SPD bereit zu sein, über den eigenen Schatten der - freilich kurzen - oppositionellen Vergangenheit zu springen.

Der SPD kämpft in diesem Wahljahr um seine Existenz, drohend erhebt sich vor ihm die Bürde der 5%-Klausel. Ist die Rede Seiboths als ein Brückenschlag zur Kanzlerpartei gedacht? Schicksalsfragen vertragen keine Zwielfichtigkeit. Der SPD gäbe sich selbst den Todesstoss, würde er auf Bundesebene und angesichts der kommenden Wahl durch allzu schillerndes Taktieren wieder in die Nähe jener Partei rücken, deren Umarmung ihn schon einmal zum Verhängnis geworden ist.